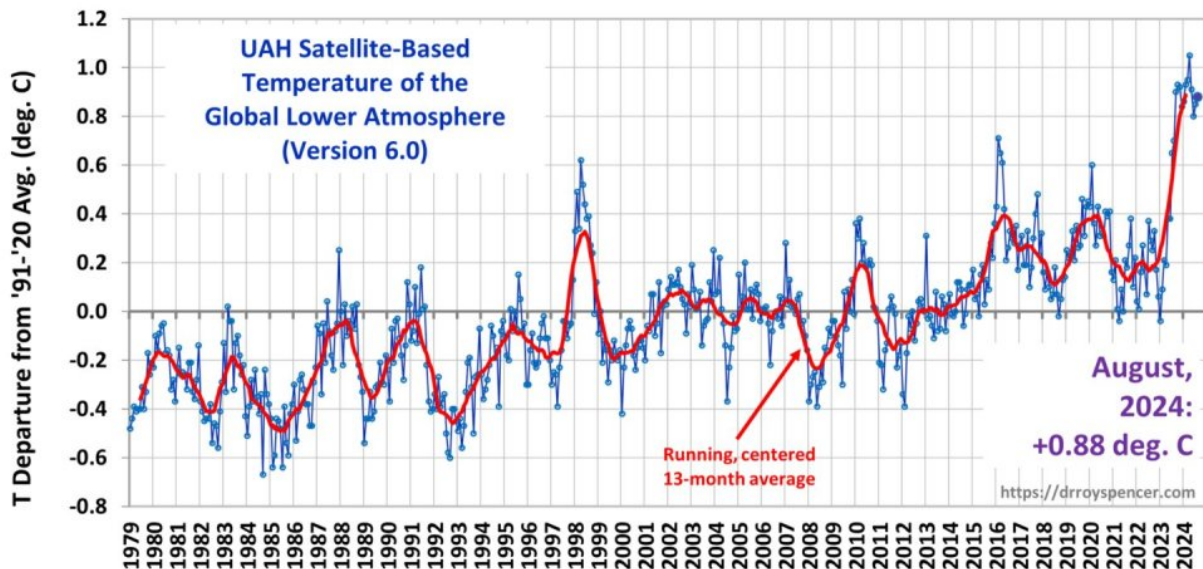


Die Energiewende gerät aus den Fugen – von Fritz Vahrenholt

geschrieben von AR Göhring | 14. September 2024



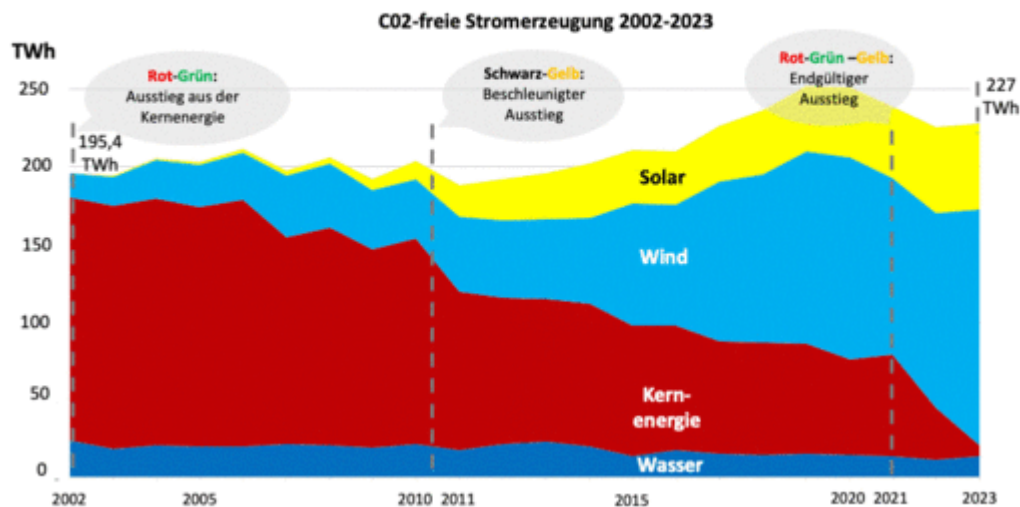
<https://www.drroyspencer.com/latest-global-temperatures/>

Wie die obenstehende Grafik zeigt, sind die globalen Mitteltemperaturen im August gegenüber Juli 2024 etwa gleichgeblieben.

Heute befaße ich mich zunächst mit den im August verstärkten Schwankungen der PV- und Windstromerzeugung, die sich zu einer Belastung des Bundeshaushalts auswachsen. Danach zeige ich, mit welchen Mitteln die Bundesregierung ab Januar 2025 an der Gaspreisschraube dreht, um die ungeliebte Wärmepumpe besser durchsetzen zu können.

Zunächst starte ich mit einer Grafik, die ich auf dem Bürgertreffen vor 900 Zuhörern in der Liederhalle Stuttgart gezeigt habe. Sie zeigt den Kern der Energiewende: Man tauscht eine stabile, preisgünstige, CO₂-freie Stromerzeugung auf der Basis von Kernenergie durch eine instabile, zu teure Stromerzeugung auf Basis von Wind- und Solarenergie.

Was hat die Energiewende bewirkt? Sie hat die CO₂-freie Kernenergie durch CO₂-freie Energie aus Sonne und Wind ersetzt und dafür rd. 600 Milliarden € verschlungen



600 Milliarden für die Energiewende

Die Grafik zeigt, dass die Energiewende hinsichtlich der CO₂-freien Stromerzeugung nichts anderes gebracht hat, als seit 2002 preiswerte Kernenergie durch teureren und unzuverlässigen Wind- und Solarstrom zu ersetzen. In einer Publikation von Jan Emblemavåg von der Norwegischen Universität für Wissenschaft und Technologie in Trondheim in der angesehenen Fachzeitschrift „International Journal of Sustainable Energy“ kommt dieser zum Ergebnis:

Wäre Deutschland 2002 bei der Kernenergie geblieben, hätte es **600 Milliarden € gespart** und hätte ähnlich viel CO₂-freien Strom produziert wie mit all seinen erneuerbaren Energien. Axel Bojanowski schreibt in der Welt: „Hätte Deutschland ab 2002 gar zusätzlich in die Kernkraft investiert, wären seine Treibhausgas-Emissionen um rund 73 Prozent stärker reduziert worden – und das Land hätte dennoch 300 Milliarden € gespart im Vergleich zur Energiewende.“

Deutschland ist also durch die Energiewende bislang um 600 Milliarden € ärmer geworden, ohne dass diese Wende irgendeinen Nutzen gehabt hat. Der norwegische Energieexperte bestätigt insoweit die Bewertung des Bundesrechnungshofes: „Die Bundesregierung investiert Milliarden in den Klimaschutz, weiß aber nicht, wie erfolgreich ihre Investitionen sind und ob sie sich lohnen.“

Aber es wird noch schlimmer, wenn diese Politik nicht spätestens 2025 gestoppt wird. Das Beratungsunternehmen EY und der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft beziffert die von 2023 bis 2035 zu tätigen Investitionen mit schwindelerregenden 1214 Milliarden €“. Der Bundeswirtschaftsminister bewertet die Energiewende dagegen so: „Deutschland muss bei der Energiewende ins Risiko gehen“. Und weiter: Falls es nicht gut geht, müsse man „ein anderes Geschäftsmodell auflegen“.

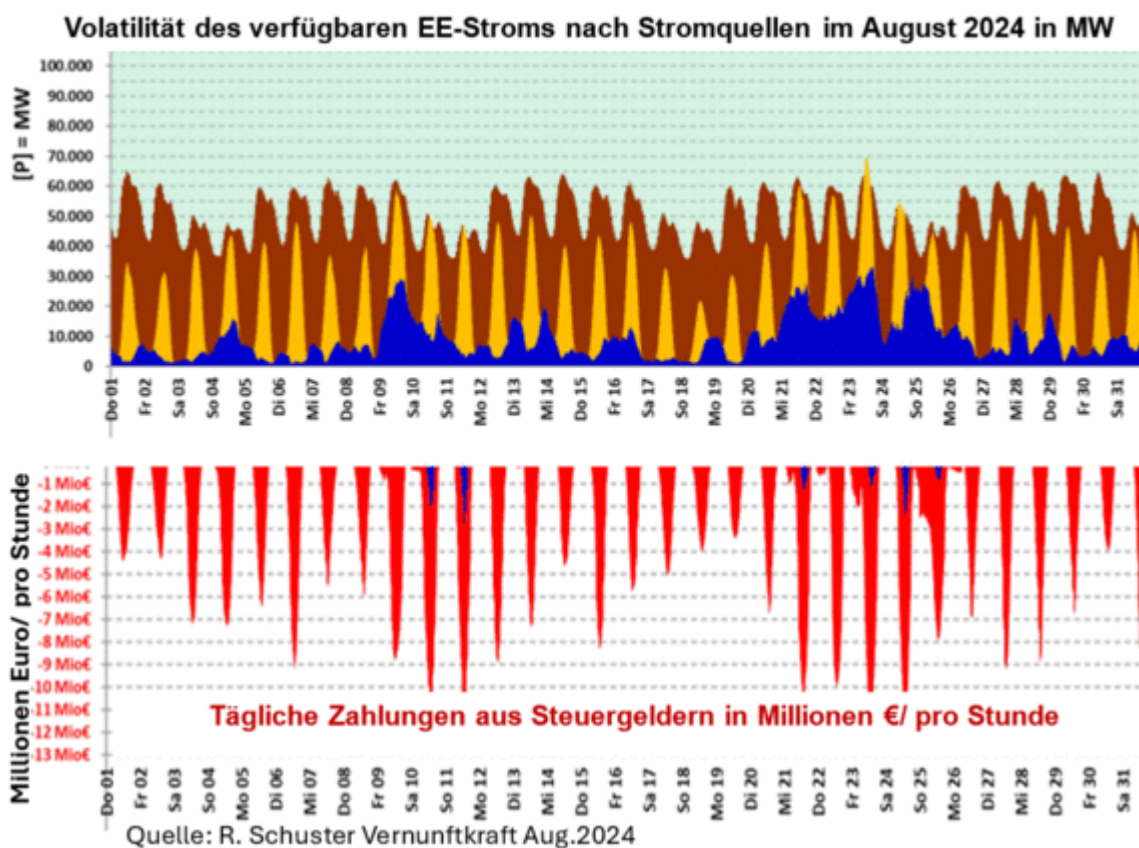
Das wird dann nicht das Geschäftsmodell eines Industrielandes sein.

Die Kostenspirale der Wind- und Solarenergie dreht sich immer schneller

Der August 2024 zeigt in dramatischer Weise die Absurdität des

ungesteuerten weiteren Ausbaus von Wind- und Solarenergie. Wie in der Grafik zu erkennen ist, reichten in den Mittagsstunden des Augusts Solar- (Gelb) und Windenergie (Blau) aus, um den Bedarf an Strom (Braun) zu decken. Daneben laufen aber auch noch die Wasserkraftwerke und auch immer konventionelle Kraftwerke, die aus Netzstabilisierungsgründen am Netz sein müssen, so dass der Strombedarf mittags häufig durch die Stromerzeugung überschritten würde, wenn nicht Anlagen abgestellt und trotzdem bezahlt würden oder der Strom ins Ausland verschenkt würde. Die Börsenpreise sinken gen Null. Die Solar- und Windkraftbetreiber erhalten aber eine verbindlich zugesicherte Einspeisevergütung (Wind zur Zeit 7,35 €ct/kWh, Solardächer etwa 8-12 €ct/kWh), obwohl der erzeugte Solar- oder Windstrom den Wert Null hat oder sogar immer wieder unter Null fällt. Die Differenz zum Börsenpreis wird aus dem Bundeshaushalt entnommen. Im August macht die Summe der täglichen Zuzahlungen (im unteren Teil der Grafik rot) 1.640.069.048,60 € aus. 1,6 Milliarden € im August ergeben hochgerechnet aufs Jahr etwa 20 Milliarden €, 10 Milliarden € mehr als ursprünglich geplant. Wir erinnern uns: Die Koalitionsparteien konnten sich nicht auf einen ausgeglichenen Haushalt 2025 einigen. Eine 12-Milliarden €-Lücke ist nicht durch Einnahmen gedeckt. An die Streichung der EEG- Steuergeschenke dachte bei der Ampel wohl niemand.

**Einsatz von Steuergeldern für Strom aus Erneuerbaren Energien:
1,64 Milliarden € nur im August**



Die Grafik zeigt aber auch, wie wenig sinnvoll der Versuch des Wirtschaftsministers und seiner Bundesnetzagentur ist, durch Veränderung der Netzgebühr, die Güterproduktion in Deutschland in die Zeiten zu

verlagern, wenn die Sonne scheint und der Wind weht. Natürlich wird diese Veränderung der Netzgebühren die kontinuierliche Güterproduktion in Deutschland benachteiligen und aus dem Land treiben. Ausführlich ist das in meinem letzten newsletter beschrieben worden.

Der eigentliche Skandal aber ist, dass diese Veränderung der Netzgebühren mit diesen weitreichenden Folgen nicht durch den Deutschen Bundestag diskutiert und entschieden wird. Diese intransparente Politik wurde schon einmal bei der Veränderung der Gasnetzgebühren praktiziert, die ab Januar 2025 erhöht werden können.

Zur Zerstörung der Gasnetze sollen die Bürger ab 2025 zur Kasse gebeten werden

Man mag es kaum glauben. Still und heimlich hat die Bundesnetzagentur unter der Führung des Grünen Klaus Müller beschlossen, dass die Gasnetzbetreiber ab 1.1.2025 die Gasnetzgebühren erhöhen können und zwar um satte 20 – 40 %. Der Grund ist hanebüchen. Die Bundesnetzagentur geht davon aus, dass ja durch das Klimaschutzgesetz ab 2045 in Deutschland kein CO2 mehr ausgestossen werden dürfe und somit ab 2045 auch keine Gasheizungen mehr betrieben werden dürfen und demzufolge bis 2045 die Gasnetze in Deutschland stillzulegen sind. Das sind nur noch zwanzig Jahre und daher sind viele Gasleitungen mit einer betriebswirtschaftlichen Lebensdauer von 50 Jahren im Jahre 2045 noch nicht voll abgeschrieben. Daher erlaubt die Bundesnetzagentur den Gasnetzbetreibern eine erhöhte Abschreibung bis zu 12 % und eine Verkürzung der Restabschreibungszeit auf 20 Jahre und weniger. Das führt zu einer Erhöhung der Abschreibungskosten, so dass selbst die Bundesnetzagentur von einer Erhöhung der Gasnetzgebühren von 20 % ausgeht, Experten rechnen mit bis zu 40 %. Weder das Parlament noch die Bürger sind gefragt worden, ob sie wirklich wollen, dass im Jahre 2045 alle Gasnetze in Deutschland stillgelegt oder herausgerissen worden sind. Wir reden über 550 000 km Gasleitungen in unseren Städten, Gemeinden und Landkreisen mit einem Wert von 270 Milliarden €.

Das deutsche Gasnetz



— Deutsches Gasnetz
(dargestellt in der
Druckstufe > 4 bar.)

Die Erhöhung kann man auch unter das Motto fassen: Wie verderben wir den Bürgern ihren Spass an der eigenen Gasheizung? In dem wir die Gasnutzung teuer machen, dann wird die ungeliebte Wärmepumpe doch noch akzeptiert. Noch in den letzten 10 Jahren stiegen die Investitionen für Gasleitungen insbesondere in den neuen Bundesländern von etwa 1 Milliarde € auf 1,5 Milliarden € pro Jahr und nun sollen auch diese funkelneuen Leitungen in 20 Jahren verschrottet werden. Ein ganz besonderes Schmanderl hat die Bundesnetzagentur für die Städte,

die besonders grün sein wollten und sich ein früheres Ausstiegsdatum aus Öl, Gas und Kohle gewünscht haben. Städte, die bis 2035 aussteigen wollen, können die Bürger verstärkt bis 2035 mit einer höheren Gasnetzgebühr zur Kasse bitten. Das sind die Städte Augsburg, Stuttgart, Bonn, Oldenburg, Krefeld, München, Frankfurt, Dortmund, Dresden. Auch die Bürger von Mannheim, Münster und Aachen, die schon in fünf Jahren aussteigen wollen, kommen in den „Genuss“ der besonders starken Gebührenanhebung. Ab 15. Oktober 2024 dürfen die Gasnetzbetreiber ihre Anhebungen für 2025 bekannt geben.

Die Gasnetzentgelte betragen 2023 durchschnittlich 1,89 €ct/kwh. Bei einer 20%-igen Erhöhung kommen auf Haushalte und Gewerbe (ohne Industrie), die 477 Milliarden kwh Gas verbrauchen, Kosten von zusätzlich 1,8 Milliarden € pro Jahr hinzu.

Viel bedeutsamer ist aber die Berücksichtigung der Kosten, die zum Ersatz des Gasnetzes durch ein Ausbau des Stromnetzes und der Endanwendungsgeräte entstehen. Es sind 268 Milliarden €, wie die VNG aus Leipzig, einer der grössten Gashändler Deutschlands in der Studie „Der Wert der Gasinfrastruktur für die Energiewende“ berechnet hat.

Vor drei Jahren kündigte der geschasste Staatssekretär Graichen die Stilllegung der Gasleitungen an. Kaum jemand nahm diese Aussage ernst. In der Regierungszeit von SPD, Grünen und FDP ist die Idee umgesetzt worden.

Wie kommen wir aus dem Irrweg heraus ?

Eine neue Bundesregierung muss als erstes das CO₂-Verminderungsziel für 2045 in Übereinstimmung mit dem Pariser Klimaabkommen neu definieren. Dort heisst es: „Die Vertragsparteien sind bestrebt... in der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts ein Gleichgewicht zwischen den anthropogenen Emissionen von Treibhausgasen aus Quellen und dem Abbau solcher Gase durch Senken ... herzustellen (Artikel 4 des Pariser Abkommens),„ Erstens bedeutet „Die zweite Hälfte “ nicht 2045. Zweitens werden mittlerweile weltweit mehr als die Hälfte der jährlichen CO₂-Emissionen von Pflanzen und Ozeanen (Senken im Pariser Abkommen) aufgenommen. Netto-Null heisst also allerhöchstens Halbierung der Emissionen. Und das kann man sogar dem Bundesverfassungsgericht vorrechnen. Damit werden viele der übergriffigen Verbote wie Heizungsverbot, Verbrennerverbot, Kraftwerksverbot obsolet.

Nur auf diesem Wege wird Deutschland eine gute Zukunft haben.